

Neue Regierung in Polen

Konservative, Linkssoziale und Nationalkatholische bilden eine Mehrheitsregierung

von
Stephan Raabe
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 5. Mai 2006

- **Die Zusammensetzung der neuen Regierung: 20 Minister, vier Vizepremiers.**
- **Aufbruch zu neuen politischen Ufern: Wohin steuert Polen politisch?**
- **Polnische Befürchtungen und historische Reflexe.**
- **Die Bürgerplattform formiert sich als oppositionelle Alternative.**

Nun scheint das sozial-konservative Lagerkonzept der Wahlsiegerin „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) doch noch Gestalt anzunehmen: Nach einem halben Jahr politischen Lavierens ist heute eine Mehrheitskoalition von PiS, „Selbstverteidigung“ (Sam) und „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) gebildet worden. Zusammen verfügt die neue Koalition über eine solide Mehrheit von 245 der insgesamt 460 Abgeordneten im Parlament. Im Senat, dem Oberhaus des Parlaments, hat die Koalition mit 59 von 100 Senatoren ebenfalls eine klare Oberhoheit. Bei den Parlamentswahlen im September 2005 hatten PiS 27 %, Sam 11,4 % und LPR 8 % der Stimmen erreicht, zusammen also 46,4 %. Die Opposition mit zusammen 211 Sitzen bilden künftig die liberal-konservative Bürgerplattform (PO: 131 Sitze), die bäuerliche Volkspartei (PSL: 25 Sitze) und das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD: 55 Sitze). Wie die vier unabhängigen Abgeordneten, darunter die zwei Vertreter der deutschen Minderheit, sich verhalten werden, ist ungewiss, angesichts der Mehrheitsverhältnisse aber auch nicht weiter von Bedeutung.

In einer vom Fernsehen übertragenen Zeremonie vereidigte Staatspräsident **Lech Kaczyński** am Nachmittag die neuen Kabinettsmitglieder der Regierung, die weiter von Premierminister **Marcinkiewicz**, 45, geführt wird. Durch die Teilung der Ressorts für Bildung und Wissenschaft, Transport- und Bauwesen und die Schaffung eines neuen Ressorts für Meereswirtschaft erhöht sich die Zahl der Ministerien um drei auf 20. Der Vorsitzende der linksnational-sozialen Bauernpartei „Selbstverteidigung“, **Anrzej Lepper**, 51, wurde zum Landwirtschaftsminister und zu einem der nun vier Stellvertreter des Premierministers ernannt neben den bisherigen: Innenminister **Ludwig Dorn**, 51 (PiS), und der parteilosen, aber von der PO kommenden Finanzministerin **Prof. Zyta Gilowska** sowie dem zweiten neuen Vizepremier,

Roman Giertych, 35, der als Vorsitzender der national-katholischen LPR das Bildungsministerium übernimmt. Die LPR bekommt dazu noch das neu geschaffene Ministerium für Meereswirtschaft, das der 27jährige Rechtsanwalt **Rafal Wiechecki** erhielt; die Sam die Ministerien für Arbeit und Soziales, mit **Anna Kalata**, 42, als Ministerin, und Bauwesen, mit **Antoni Jaszcuk** als neuem Minister. Beide gehören nicht dem Parlament an. Frau Kalata ist studierte Ökonomin und Mutter zweier erwachsener Kinder. Sie gehörte früher der postkommunistischen SLD an. Die bisherigen Minister für Landwirtschaft, **Krzysztof Jurgiel** (PiS), für Arbeit und Soziales, **Krzysztof Michalkiewicz** (parteilos) und Auswärtige Beziehungen, **Stefan Meller** (parteilos), schieden aus. Meller war bereits Freitag vor einer Woche zurückgetreten als klar war, dass die populistische „Selbstverteidigung“ in die Regierung eintreten werde.

Ein Nachfolger für das Außenministerium ist bislang noch nicht gefunden worden. Verschiedene Namen werden gehandelt, darunter auch der des ehemaligen Außenministers **Bartoszewski**, was nicht nur angesichts seines Alters von 86 Jahren höchst unwahrscheinlich sein dürfte. Man darf gespannt sein, wie sich die Außenpolitik der neuen Regierung entwickeln wird. Die jetzt in die Regierung eingetretenen Parteien haben die Mitgliedschaft in der EU abgelehnt und pflegen auch gegenüber dem großen Nachbarn im Westen kaum partnerschaftliche Gedanken. In der Presse wird ein 27jähriger „Außenpolitikexperte“ der „Selbstverteidigung“, der Abgeordnete Piskorski, mit der abstrusen Äußerung zitiert, Polen sei das trojanische Pferd der USA in Europa und die heutige amerikanische Besatzung in Polen sei schlimmer als die sowjetische. Unterdessen stellt der den USA sehr verbundene Verteidigungsminister **Sikorski**, 42, von PiS die deutsche Bundesregierung wegen der russisch-deutschen Gaspipeline durch die Ostsee in die Tradition des nationalsozialistisch-stalinistischen Paktes von 1939. Was mit derart tölpelhaften Sprüchen außenpolitisch gewonnen werden soll, ist nicht recht ersichtlich. Der Premierminister sah keinen Anlass, sich von der Äußerung seines Verteidigungsministers zu distanzieren. Zu hoffen ist, dass der besonnene Vize-Sejm marschall **Bronislaw Komorowski** von der oppositionellen Bürgerplattform Recht behält, dass sich nur die Qualität der Führung der Außenpolitik verschlechtern wird, nicht aber ihre prinzipielle Ausrichtung.

Die Bevölkerung ist übrigens laut Umfragen mit großer Mehrheit (72%, ebenso auch die Wähler der PiS) der Ansicht, dass Polen in seinen Beziehungen zu Deutschland vor allem auf „Zusammenarbeit und Kompromiss“ und nicht auf die „entschiedene Verteidigung der eigenen Interessen“ Wert legen sollte, was eine Wahlparole der PiS gewesen ist. Dagegen ist die Russlandpolitik der Bundesrepublik auch in den Augen der polnischen Bürger ein wirklich kritischer Punkt: über 80 % lehnen die in Angriff genommene Ostseegaspipeline ab. Die größten Befürchtungen richten sich heute in Polen gegen Russland und eine deutsch-russische Annäherung über die Köpfe der Polen hinweg, die von 61 % als Bedrohung empfunden wird. Die Angst vor einer solchen Annäherung beruht auf tief im historischen Gedächtnis verwurzelten Erfahrungen. Trotz der inzwischen erfolgten Eingliederung Polens in die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Westens nehmen viele Polen immer noch den Schatten einer Bedrohung ihrer Nation durch ein „neues Rapallo“ wahr. Dementsprechend waren auch die Reaktionen auf die jüngsten deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Tomsk. In einem persönlichen Gespräch beklagte der in der Kanzlei des Ministerpräsidenten für Außenpolitik zuständige Staatssekretär, **Ryszard Schnepf**, dass es zuvor kein Gespräch mit dem polnischen Partner gegeben habe. Ironisch bemerkte das konservative Nach-

richtenmagazin Wprost dazu, Bundeskanzlerin **Merkel** habe ja auch lediglich zugesagt, auf dem Weg nach Moskau in Polen zwischenzulanden, nicht aber auf dem Weg nach Tomsk.

In einem Hintergrundgespräch vergangene Woche vertrat Premierminister **Marcinkiewicz** die Auffassung, dass sich die Politik seiner Regierung in der neuen Koalition nicht wesentlich ändern werde. Die Regierung werde die Arbeitslosigkeit, ein Hauptproblem Polens, merklich senken, ein soziales Polen gestalten und gleichzeitig Inflation und Finanzen unter Kontrolle halten. Unter den Gesprächspartnern fragte man sich, ob dies bloßer Zweckoptimismus war oder schon eine Note untergründiger Ironie mit hineinspielte. Der vor einigen Monaten noch einfache Abgeordnete steht nun in der Verantwortung, im politischen Machgefüge von Kaczyński, Lepper und Giertych die angekündigte grundlegende – auch moralisch verstandene – Reform der Polnischen Republik ins Werk zu setzen. Dabei wird sich bald zeigen, inwieweit die eher populistischen Parteien, die jetzt zur Regierung gehören, konkreten Einfluss gewinnen und welchen politischen Weg Polen dann einschlägt. Innenpolitisch zeigt der vorbestrafte Exkommunist Lepper wenig Neigung für eine Aufarbeitung der verkommenen Hinterlassenschaft der Vergangenheit, die die Gesellschaft bis heute spaltet. Dagegen strebt der Führer der LPR, einstmals Gründer der „Allpolnischen Jugend“, die in einem Zusammenhang mit der gewaltbereiten Skinheadbewegung stand, einen national homogenen, an polnisch-katholischen Werten orientierten Staat an. Außenpolitisch könnte diese politische Melange die konstruktive Beteiligung Polens in Europa gefährden. Wenn etwa der Parteivorsitzende der PiS, Jaroslaw Kaczyński, noch vor kurzem in einem Interview in einer großen polnischen Zeitung (Rzeczpospolita vom 27. Januar) erklärte: „Wir können uns eine Koalition mit der Selbstverteidigung nicht leisten, die Zusammensetzung der polnischen Regierung würde sonst zum Hauptproblem Polens in den internationalen Beziehungen“, gibt das zu denken. Oder war das, wie so manches Andere, nur so dahingesagt aus taktischen Gründen und nicht ganz ernst zu nehmen? Die Kaczyńskis jedenfalls, der Präsident und der Parteiführer, haben diese Bedenken jetzt offensichtlich bei ihrem Aufbruch zu neuen politischen Ufern hinter sich gelassen. Man wird sehen, wo sie landen werden und wie stabil die politische Phalanx sein wird.

Die Verantwortung für das programmatisch widersprüchliche politische Vorgehen der PiS der liberal-konservativen PO zuzuschieben, die nicht so mitzuspielen gedachte, wie die Kaczyńskis dies wollten, sollte nicht gelingen. **Jan Rokita**, der zweite Vorsitzende der PO, sieht gute Zeiten für seine Partei kommen: Sie werde die führende Position erhalten, die Fehler des letzten Wahlkampfes nicht wiederholen, offensiv sein und schließlich Polen regieren, führte er dieser Tage in der auflagenstärksten Zeitung Polens, im Springer-Blatt Fakt aus. Als oppositionelle Alternative will die PO die nächsten Wahlen selbständig gewinnen.